

## Schweiz

# Medikamententests an Heimkindern werden untersucht

Forscher sollen ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen durchleuchten.

Simone Rau

«Müsst ihr wieder nach Münsterlingen Seeseite?» Diesen spöttischen Satz bekamen Zöglinge des Kinderheims St. Iddazell im Kloster Fischingen in den 60er- und 70er-Jahren oft von ihren Kameraden zu hören. Sie wurden regelmässig in Gruppen mit dem Kleinbus quer durch den Thurgau an den Bodensee gefahren - in die Psychiatrische Klinik Münsterlingen. Dort erhielten die vermeintlich verhaltensauffälligen und schulisch schwachen Schüler Tabletten, die sie schlucken mussten, verpackt in Schachteln oder Säcklein mit Nummern - «G 35259» oder «Ciba 34276» stand da etwa drauf.

In den Krankenakten wurde genau festgehalten, was die Patienten über ihr Befinden berichteten: Oft klagten sie über Nebenwirkungen, sie wurden apathisch, müde, blass, abwesend, holten auffällig tief Atem oder verlangsamten sprachlich. In den Akten eines Schülers findet sich beispielsweise folgende Notiz:

«Die Sprache steht ihm wie nicht zur Verfügung, stutzt, als müsse (...) er 'geistig umblättern', (...) schreien in hoher Tonlage, Kontaktangst (...) selten Lächeln und Blickkontakt. Mündliche Instruktionen werden gar nicht richtig verstanden.»

Was die Zöglinge nicht wussten: Bei den Medikamenten, die sie einnehmen mussten, handelte es sich um Psychopharmaka im Versuchsstadium, vermutlich um Neuroleptika oder Antidepressiva. Auf dem normalen Markt waren die Präparate von Firmen wie Ciba oder Sandoz nicht oder noch nicht erhältlich. Die Psychiatrische Klinik experimentierte mit deren Dosierung.

## Viele Fragen offen

Wie viele Zöglinge des Kinderheims St. Iddazell an solchen Versuchen mit nicht zugelassenen Medikamenten teilnehmen mussten, ist nicht bekannt, ebenso wenig, wie viele der Patienten in der Münsterlinger Klinik insgesamt betroffen waren. Auch ist unklar, ob das Kinderheim in der psychiatrischen Behandlung eine Chance für die als schwierig taxierten Zöglinge sah und deswegen Kontakt zur Klinik suchte oder ob in erster Linie Münsterlingen an der Untersuchung dieser Zöglinge interessiert war.

All das steht im 169-seitigen Bericht über Misshandlungen und Missbräuche im Kloster Fischingen, der im Mai vor einem Jahr publiziert worden ist. Das Kapitel Münsterlingen sei «eben erst eröffnet und noch längst nicht abgeschlossen», heisst es darin.

Ein wichtiger Schritt in Richtung Aufklärung wird jetzt genommen: Wie der Thurgauer Regierungsrat gestern mitgeteilt hat, gibt er ein Forschungsprojekt in Auftrag, das die Psychopharmakaforschung in der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen zwischen 1946 und 1972 beleuchten soll. Der Fokus liegt auf



Der Ort der Versuche: Patienten in der Psychiatrischen Klinik Münsterlingen (undatiertes Bild). Foto: Urs-Oskar Keller (©ProLitteris, Zürich)

Psychiater Roland Kuhn, der die Klinik von 1970 bis 1979 leitete und davor jahrzehntelang als Oberarzt tätig war.

Der Regierungsrat stellt für das Forschungsprojekt 750 000 Franken aus dem Lotteriefonds zur Verfügung. Zudem setzt er eine interdisziplinäre Projektgruppe ein, die mittels Ausschreibung ein Forschungsteam rekrutieren und dieses bei der Arbeit begleiten soll. Für die Projektgruppe ausgewählt wurden unter anderem die Zürcher Geschichtswissenschaftlerin Monika Dommann, Stephan Krähenbühl, Chefarzt der Abteilung Klinische Pharmakologie und Toxikologie am Universitätsspital Basel, sowie der St. Galler Rechtsprofessor Thomas Geiser.

## 70 Laufmeter Akten

Präsiert wird die Projektgruppe vom Thurgauer Staatsarchivar André Salathé. Er war es, der das Konzept für das Forschungsprojekt formuliert hat. Und der seit Anfang 2013 zusammen mit fünf Mitarbeitern den Nachlass des 2005 verstor-

benen Psychiaters Kuhn gesichtet, geordnet und elektronisch verzeichnet hat: 70 Meter Aktenordner, 800 Schachteln, randvoll gefüllt mit Dokumenten, Referaten, Publikationen, Testreihen, Patientenlisten und Briefen, allesamt zur Verfügung gestellt von Kuhns Erben. Diese waren in Zugzwang geraten, nachdem der «Tages-Anzeiger» und andere Medien die nicht zugelassenen Medikamententests ab Ende 2012 publik gemacht hatten.

Heute sind im Staatsarchiv in Frauenfeld 5000 Dossiers archiviert, wie Salathé sagt. Es sei das «komplizierteste und schwierigste Projekt» seiner 20-jährigen Amtszeit gewesen. Doch die Arbeit habe sich mehr als gelohnt: «Wir hätten den Fall Münsterlingen lieber nicht in unserem Kanton», sagt er. «Doch gleichzeitig ist er wohl repräsentativ für andere Fälle, die sich in der Schweiz ereignen haben, aber nicht oder zu wenig dokumentiert sind.» Damit habe das Material aus dem Nachlass Kuhn «eine Relevanz, die weit über den Thurgau hinausgeht».

Beleuchtet werden die Forscher laut Salathé drei Themenfelder und unter anderem die folgenden Fragen:

- Verantwortlichkeit von Psychiater Kuhn: Wie liefen die Medikamententests genau ab? Hielt er sich an die ethischen Berufsstandards? Wie standen die anderen Ärzte zu den Versuchen?
- Verantwortlichkeit von Kuhns Vorgesetzten, sprich Klinikdirektor Adolf Zolliker, die über die Jahre zuständigen Gesundheitsdirektoren sowie der Gesamtregierungsrat: Was wussten sie, und wie detailliert? Was segneten sie bewusst ab? Wie sind die Versuche im gesamtschweizerischen Kontext zu werten?
- Verantwortlichkeit der Pharmaindustrie: Wie funktionierte die Zusammenarbeit mit Münsterlingen? Inwiefern profitierte sie von Kuhns Versuchen?

Das Ziel ist es, das Forschungsprojekt innert dreier Jahre abzuschliessen. Im Herbst 2018 soll ein Buch zum Thema erscheinen. «Der Fokus», sagt Staatsarchivar Salathé, «muss dabei zwingend auf den betroffenen Patienten liegen.»

## Wirtschaft lanciert Europa-Kampagne

Operation Libero, Rasa, Vorteil Schweiz: Seit dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative der SVP spriessen die Organisationen zur Rettung der bilateralen Verträge mit der EU aus dem Boden. Sie alle wollen den Europadiskurs nicht den isolationistischen Kräften überlassen. Das gleiche Ziel hat die langfristig angelegte Kampagne «Stark und vernetzt», die heute von sechs Wirtschaftsverbänden lanciert wird. Die auffällig bunte Webseite ist seit gestern aufgeschaltet: «Wir wollen die vielfältigen Beziehungen zu Europa darstellen», sagt Michael Wiesner, Kommunikationschef von Economiesuisse.

Während der Verband früher vorwiegend den wirtschaftlichen Nutzen der Beziehungen zur EU betonte, geht es in der neuen Kampagne auch um den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch: «Wir haben ein gewisses Verständnis für die Skepsis gegenüber der EU», sagt Wiesner. Dennoch wolle man offen über die Beziehungen zu Europa reden. Ebenso wichtig wie die Institution EU seien konstruktive Beziehungen zu den Nachbarländern. Die Kampagne ist Teil des Projekts «Wirtschaft und Gesellschaft», mit dem Economiesuisse der Entfremdung zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft entgegenwirken will. (dk)

## Nachrichten

Zuwanderung

### Italien für flexible Lösung bei der Zuwanderungsinitiative

Italien will sich bei der Diskussion zwischen Bern und der EU über eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nicht aufs Zuschauen beschränken. Das Nachbarland fordert die Einhaltung des Prinzips des freien Personenverkehrs - auf «flexible» und «intelligente» Art. Dies sagte Aussenminister Paolo Gentiloni gestern in Bern, wo er von Bundesrat Didier Burkhalter empfangen wurde. (SDA)

Schwarzarbeit

### Inspektoren melden 13 600 Verdachtsfälle

Die kantonalen Inspektoren haben letztes Jahr rund 13 600 Verdachtsfälle auf Schwarzarbeit ans Licht gebracht. Das sind fast genau gleich viele wie im Vorjahr - obwohl die Inspektoren 39 000 Personen und 12 000 Betriebe untersucht und damit mehr Kontrollen als 2013 durchgeführt haben. (SDA)

Verkehr

### Automobil-Club der Schweiz ist offen für Mobility-Pricing

Der Automobil-Club der Schweiz (ACS) befürwortet im Grundsatz leistungsabhängige Verkehrsabgaben. Er zeigt sich daher offen für das Konzept für Mobility-Pricing, das der Bundesrat am Mittwoch präsentiert hat. Es dürften jedoch keinerlei zusätzliche Gebühren und Abgaben anfallen, so der ACS. Es sei zudem unabdingbar, dass die Einführung eines fahrleistungsabhängigen Finanzierungsmodells für den motorisierten Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr gleichermaßen gelte. (SDA)

Wahlen

### Ständeratskandidat Loretan tritt als SRG-Präsident zurück

Die Genfer CVP hat an ihrer Delegiertenversammlung Raymond Loretan als Ständeratskandidaten nominiert. Wie angekündigt tritt dieser daher als Präsident und Verwaltungsrat der SRG zurück. Die CVP-Delegierten zogen Loretan ihrer Fraktionschefin im Genfer Grossen Rat, Béatrice Hirsch, mit 105 zu 62 Stimmen vor. Die SRG-Geschäfte übernimmt interimistisch Verwaltungsratsvizepräsident Viktor Baumeler. (SDA)

Drogen

### Genfer Politiker Eric Stauffer wegen Kokaindeal verurteilt

Der Genfer MCG-Politiker Eric Stauffer ist wegen Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt worden. Die Genfer Staatsanwaltschaft wirft dem MCG-Gründer vor, einen Kokaindeal organisiert zu haben. Stauffer wurde zu 45 Tagessätzen à 230 Franken mit dreijähriger Bewährung und zu einer Busse von 2500 Franken verurteilt. Die Partei kündigte Rekurs an. (SDA)

## Air Zermatt will «Fall Trift» von Richtern klären lassen

Die Heli-Firma wird illegaler Landungen bezichtigt. Der Datenschützer des Bundes empfiehlt ihr, Dokumente an Alpenschützer auszuhändigen. Ohne Erfolg.

Stefan Häne

Die Alpenschutzorganisation Mountain Wilderness soll Einblick in eine - womöglich brisante - Korrespondenz zwischen der Air Zermatt und dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) vom Februar 2014 erhalten; dies empfiehlt der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB). Es liege ein «überwiegendes öffentliches Interesse» am Zugang zum fraglichen Schriftverkehr vor, heisst es im jüngst veröffentlichten Be-

richt. Eine «vollständige Zugangsverweigerung durch das Bazl» hält der EDÖB für «unverhältnismässig». Mountain Wilderness hofft, dass der Schriftverkehr Licht in den «Fall Trift» bringen werde - ein Fall, der seit vier Jahren läuft und zuletzt bei der Schlichtungsstelle des EDÖB gelandet ist.

Worum geht es? Die Air Zermatt flog im April 2011 auf den offiziellen Gebirgslandeplatz Aeschhorn ob Zermatt. An Bord befanden sich sechs Heliski-Touristen, zwei Bergführer und zwei Journalisten der NZZ für eine Reportage. Die Gruppe fuhr in der Folge bis zum Berghelet Trift ab. Dort wurde sie vom Helikopter aufgenommen - für einen zweiten Gipfflug. Nach Einschätzung der Alpenschützer sind solche Landungen illegal, weil die Trift kein offizieller Gebirgslandeplatz ist. Die Air Zermatt hingegen spricht mit dem Verweis auf den

NZZ-Auftrag von einem Arbeitsflug, der eine solche Landung erlaube; den Heliski-Touristen komme die Funktion von Statisten zu - eine Argumentation, die das Bazl teilt.

## Rechnung soll Beweis bringen

Vom Einblick in die fraglichen Dokumente erhofft sich Rolf Meier von Mountain Wilderness stichhaltige Beweise: «Anhand von Rechnungsbelegen wollen wir aufzeigen, dass zumindest die Heliski-Touristen für den Flug bezahlt haben, es also sehr wohl ein touristischer Flug gewesen ist.»

Anders als die Alpenschützer ist Air Zermatt mit der Empfehlung des EDÖB nicht einverstanden, wie der zuständige Anwalt Philipp Perren sagt. Das Unternehmen will die Dokumente nicht herausgeben, der «Fall Trift» wird damit das Bundesverwaltungsgericht beschäfti-

gen. Air Zermatt wolle so eine Grundsatzaufklärung im Bereich des Öffentlichkeitsprinzips klären, so Perren. Konkret geht es um die Frage, ob Dokumente wie der fragliche Schriftwechsel, die wie im aktuellen Fall im Rahmen eines möglichen Verwaltungsstrafverfahrens eingereicht werden - also vor der formellen Eröffnung eines solchen -, dem Aktenschutz des Strafverfahrens nicht unterliegen. Wäre dies der Fall, so Perren, wären alle solchen Unterlagen nahezu uneingeschränkt öffentlich einsehbar - mit Folgen, wie er mahnt: Jedermann wäre künftig «gut beraten, keine informellen Auskünfte mehr zu geben, sondern vor der ersten Äusserung die formelle Eröffnung eines Straf- oder Verwaltungsstrafverfahrens zu verlangen». Dies würde jedoch «zu einer völlig unnötigen Belastung» der Bürger und auch der Verwaltung führen.